Lfd. Nr.	Vorschlag	Stellungnahme
1	<p>Beschreibung: Abschaltung der Straßenbeleuchtung zu bestimmten Uhrzeiten / in bestimmten Ortsteilen</p> <p>Begründung: Eine Dauerhafte Straßenbeleuchtung ist vielerorts nicht notwendig, eine Abschaltung (Kreuzungs- und Einmündungsbereiche ausgenommen) könnte einiges an Kosten sparen.</p> <p>Wir gehen es hier vornehmlich um die OT Sommerhof, Darscheid, Kraheck, Hülscheid. Alternativ sollte erneut geprüft werden, ob eine bedarfsorientierte (auf Anforderung) Beleuchtung nicht doch machbar ist.</p> <p>Sparvorschlag:</p>	<p>Siehe Anlage 1.</p>
2	<p>Beschreibung: Ich schlage einen Kreisverkehr auf der Kreuzung A560/ B8/ Wingershof/ Europaallee vor.</p> <p>Begründung: Mittlerweile von der Polizei als Unfallschwerpunkt geführt, ist hier jeden Tag zum Berufsverkehr, auch bedingt durch die Gesamtschule jede Menge Verkehr. Sobald die Bahmschranken in der Warth geschlossen sind, kann es vorkommen, dass die komplette Warth voller Autos, LKWs und Bussen steht. Ein Kreisverkehr würde meiner Ansicht nach den Rückstau lösen und verhindern, dass (hoch motorisierte) Kfz von der Autobahn aus die B8 hoch schießen. In Gegenrichtung würde es die Geschwindigkeit von B8 kommend reduzieren und den gesamten Verkehr auf dieser Kreuzung ungefährlicher machen.</p> <p>Sparvorschlag: Als laufende Kostensenkung sehe ich hier den Rückbau der bestehenden Ampelanlage und die Reduzierung der Unfälle auf der Kreuzung.</p>	<p>In diesen Knotenpunkt mündet die Autobahn A560 mit insgesamt 4 Fahrspuren + Linksabbiegespur. Diesen Knotenpunkt zu einem leistungsfähigen Kreisverkehrsknoten umzubauen, erfordert erheblichen Platzbedarf, der nicht vorhanden wäre. Zwischenzeitlich existiert eine mit dem Landesbetrieb Straßen NRW abgestimmte Überplanung dieses Knotenpunktes, welcher nach dessen Realisierung den Anforderungen entsprechend leistungsfähig und sicherer sein wird.</p>
3	<p>Beschreibung: 1) Pferdesteuer / Pferdeeininstallungssteuer</p> <p>2) Möglichkeiten einer stärker auf Freiwilligkeit basierenden Finanzierung, beispielsweise im Rahmen von Spenden, aber auch unter der Berücksichtigung von nicht-monetären Leistungen sowie bürgerschaftlichen Engagements, betrachten und eruiieren</p> <p>3) PV Freiflächen in kommunaler Hand</p> <p>4) Aufbau einer lokalen bzw. regionalen Crowdfunding-Infrastruktur</p> <p>Begründung: Ergibt sich weitgehend von selbst aus den Vorschlägen.</p> <p>Pferdesteuer: Reiter versuchen durchaus Flurschäden u.a. in Wäldern.</p> <p>Sparvorschlag:</p>	<p>Zu 1) Eine Pferdesteuer wurde bisher in keiner Kommune des Landes Nordrhein-Westfalens eingeführt. Das Innenministerium NRW hat die für diese neue Steuer erforderliche Genehmigung noch nicht erteilt. Bei der Einführung einer solchen kommunalen Aufwandssteuer ist zunächst mit einer Vielzahl von Klageverfahren mit entsprechendem hohem Verwaltungsaufwand und auch finanziellem Risiko zu rechnen. Von einer hinreichenden Rechtssicherheit kann daher nicht ausgegangen werden. Der Städte- und Gemeindebund NRW geht davon aus, dass die Steuer „in keinem wirtschaftlich sinnvollen Verhältnis zum Ertrag“ steht. Das Verhältnis des Verwaltungsaufwandes zum Ertrag ist nur schwer zu kalkulieren. Selbst über die Zahl der im Stadtgebiet gehaltenen Pferde gibt es keine gesicherten Erkenntnisse. Zu beachten ist auch, dass die Steuer hinsichtlich alternativer landwirtschaftlicher Nutzung kontraproduktiv sein könnte und auch widersprüchlich zur Sport- und Gesundheitsförderung stehen könnte. Für die Unterhaltung von Wegen wird bereits eine Reitabgabe erhoben. Es wird daher empfohlen, zum jetzigen Zeitpunkt von der Einführung einer Pferdesteuer abzusehen.</p>

Lfd. Nr.	Vorschlag	Stellungnahme
		<p>Zu 2) Das umfangreiche und vielfältige Vereinsleben der Stadt Hennef (Sieg) ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt sich in den unterschiedlichsten Bereichen zu engagieren. Angefangen von den vielen Dorfgemeinschaften, Interessengemeinschaften, Sportvereinen, Musikvereinen, Elterninitiativen bis hin zu den Parteien, Kirchen und der freiwilligen Feuerwehr.</p> <p>Besonders im kulturellen Jahresprogramm der Stadt spielt das bürgerschaftliche Engagement der Musik- und Kunstvereine eine große Rolle. Eine Vielzahl von Musikveranstaltungen und Kunstausstellungen gehen auf ihre Initiative zurück, Veranstaltungen die ohne diese Initiative wegfallen würden.</p> <p>Weiterhin übernehmen viele Dorf- und Interessensgemeinschaften die Pflege der Spiel- und Bolzplätze der Stadt, die ansonsten entweder geschlossen bzw. kostenintensiv durch Fachfirmen erfolgen müssten.</p> <p>Auch der Ausbau und die Stärkung der freiwilligen Feuerwehr ermöglicht es der Stadt Hennef, derzeit noch auf eine kostenintensive städtische Berufsfeuerwehr zu verzichten.</p> <p>Dies ist nur eine kleine Aufzählung bürgerschaftlichen Engagement, die das Leben unserer Stadt prägt und gestaltet. Bei immer knapper werdenden freien finanziellen Ressourcen, ist es eine stetige Aufgabe der Stadt dieses Engagement zu stärken, zu fördern und auszubauen. Dieser Aufgabe kommen wir in vielen Bereichen der Stadt nach.</p> <p>Zu 3) Das Hennefer Stadtgebiet liegt zu ca. 77% in Natur- und Landschaftsschutzgebieten, der bauliche Außenbereich sogar zu 88%. Die dortigen Schutzziele (Schutz von Natur und Landschaft) kollidieren regelmäßig mit PV-Freianlagen, so dass diese wenig Aussicht auf Genehmigung hätten. Zudem sind aufgrund des Hennefer Bodenpreinsniveaus PV-Freianlagen kaum wirtschaftlich darstellbar, sondern lediglich als „Nebennutzung“ auf Dachflächen interessant.</p> <p>Zu 4) Die Finanzierung städtischer Investitionen basiert auf einer Vielzahl von Möglichkeiten und Wegen. Investitionen werden durch verschiedenste Bundes- und Landesprogramme gefördert bzw. zinsverbilligt gestützt. Die Inanspruchnahme verschiedenster Fördermöglichkeiten wird bei jeder städtischen Investition eruiert und soweit möglich umgesetzt. Die Kreditfinanzierung und damit die Kreditbeschaffung am Kapitalmarkt, ist auf das Notwendigste zurückgeführt.</p> <p>Durch das aktuell niedrige Zinsniveau ist eine Finanzierung auf dem Kapitalmarkt zu einem niedrigen Zinssatz möglich. Auch die interne Abwicklung der einzelnen Finanzierungsgeschäfte verläuft reibungslos und problemlos. Der Ressourceneinsatz, insbesondere der Personaleinsatz, ist effizient gestaltet und auf einem niedrigen Niveau. Sicherlich besteht auch die Möglichkeit, städtische Investitionen über eine Platzierung eines Bürgerkredits zu realisieren. Dies erfordert allerdings eine umfangreiche Vermarktung des Projekts, die insbesondere den Einsatz von personellen Ressourcen erforderlich macht. Eine zeitnahe Umsetzung ist daher vorerst noch nicht vorgesehen.</p>
4	<p>Beschreibung: Das Vorhaben IN-0000118 an der Happerschossener Strasse ist anstelle von 600.000€ mit 400.000€ zu beplanen. Begründung: Die Einnahmen sind selbst mit 400.000€ schon mehr als erschöpft (Einzahlungen ca. 450.000€ - bisher ausgegeben 220.000€). Dann müssen wir eben sehen, was wir für diesen Betrag bekommen. Eine "Querfinanzierung" von ca. €200.000 - die selbst mit einem 2018er Budget von €400.000 verbleiben - muss ausreichen. Sparvorschlag</p>	<p>Die Mittelsätze richten sich nach der Kostenberechnung eines beauftragten Ing.-Büros und können daher nicht willkürlich reduziert werden. Die Einnahmen werden an Hand der Vorgaben der Straßenbaubeitragssatzung geschätzt.</p>

Lfd. Nr.	Vorschlag	Stellungnahme
5	<p>Beschreibung: Renovierung einiger Gebäudeteile der Grundschule KGS Wehrstraße - insbes. die Toilettenbereiche. Begründung: Die hygienischen Verhältnisse in der Grundschule sind mittlerweile unzumutbar. Die Toiletten stinken und sind technisch nicht mehr auf einem angemessenen Stand. Zudem gibt es weitere Sanierungsmaßnahmen, die sicherlich über den Hausmeister und die Schulleitung zu erfahren sind. Die Gebäude sind mittlerweile in die Jahre gekommen und eine so gut geführte Grundschule sollte auch bzgl. der Bauwerke gut erhalten bleiben - zumal es eine der größten wenn nicht die größte Grundschule ist mit aktuell noch weiterhin sehr gutem Zustrom von Eltern. Damit auch ein Aushängeschild der Stadt Hennef für junge Familien. Sparvorschlag: Einsparvorschlag wurde unter der Vorgangsnummer 121 angenommen (Kürzung der Baumaßnahmen an der Happerschosser Straße IN-0000118).</p>	<p>Im Haushalt 2018 wurden von der Zentralen Gebäudewirtschaft 18.000 € für die Instandsetzung der Toilettenanlage, 10.000 € für einen Fensteranstrich und 10.000 € für kleinere Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten angemeldet. Für den Folgehaushalt 2019 wurden für die Instandsetzung der Abhangdecke in der Aula 20.000 € und ebenfalls für kleinere Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten 12.000 € angemeldet. Für die Folgehaushalte 2020 und 2021 wurden jeweils 12.000 € für kleinere Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten angemeldet.</p> <p>Zum Sparvorschlag: Die Mittelsätze richten sich nach der Kostenberechnung eines beauftragten Ing.-Büros und können daher nicht willkürlich reduziert werden. Die Einnahmen werden an Hand der Vorgaben der Straßenbaubeitragsatzung geschätzt.</p>
6	<p>Beschreibung: Emissionsminderung von Luftschadstoffen durch kostenloses Parken für Elektro- Fahrzeuge auf den städtischen Parkplätzen in der Innenstadt. Begründung: Hierdurch wird ein weiterer Anreiz geschaffen, in E-KFZ zu investieren und dadurch die doch teilweise unzumutbare Luft in der Innenstadt zu den Stoßzeiten zu verbessern (siehe auch Beispiel Stadt Bonn). Sparvorschlag</p>	<p>Durch die kostenpflichtige Parkscheinregelung soll sichergestellt werden, dass die öffentlichen Parkplätze einem steten Wechsel unterliegen und somit immer wieder ein anderer eine Chance auf einen freien Parkplatz erhält. Diese Plätze dienen als Kundenparkplätze für die Geschäfts- und Dienstleistungsbetriebe im Zentrum. Eine Befreiung von der Parkscheinpflicht für E-Mobile könnte zu einer Dauerbelegung dieser öffentlichen. Parkplätze führen. Im nahen Umfeld des Zentrums stehen kostenfreie Parkplätze mit Parkscheibenpflicht in kurzer Entfernung zur Verfügung. Im Parkhaus Humperdinckstraße sind auf dem ebenerdigen Parkdeck Ladestationen, bei denen ein E-Mobil während des Ladevorgangs abgestellt werden kann.</p>
7	<p>Beschreibung: Bau der Bahnunterführung L333 / An der Brölbahn. Begründung: Der Verkehrsstau ist einfach unerträglich und kostet täglich sehr viel Zeit. Sparvorschlag</p>	<p>Die Stadt ist nicht Beteiligter an der Eisenbahnkreuzungsmaßnahme, sondern nur das Land Nordrhein-Westfalen als Straßenbaustraßen L 125 und die DB AG. Die Verzögerungen entstehen durch die erforderliche Anpassung von Bauplänen, verursacht durch die Änderung von Bauvorschriften.</p>
8	<p>Beschreibung: Restaurierung der Ackerstraße sowie der Busstraße in Hennef-Uckerath. Begründung: Massive Straßenschäden und zu enge Straße. Straße wird nur Notdürftig repariert sieht aus wie ein Flickenteppich. Sparvorschlag: Keine weiteren Restaurierungen mehr nötig über die nächsten Jahre.</p>	<p>Die Ackerstraße soll nach der Haushaltsplanung 2019 nachmalig hergestellt werden. Für den beitragspflichtigen Ausbau der Straßen des Ortsteils Hüchel (z.B. Busstraße) liegt noch keine Haushaltsplanung vor.</p>
9	<p>Beschreibung: Im Neubaugebiet im Siegbogen gibt es einen ungenutzten Mehrgenerationenplatz. Wenn gemeinschaft nicht gefördert wird, entsteht sie nicht von alleine. Gemeinschaftssinn ist aber Grundlage für gegenseitige Achtsamkeit z.B. beim Beobachten von Einbruechen etc. Das spart Polizei. Ich würde dort am Generationenplatz gerne Kurse zur Förderung von Gemeinschaft anbieten. Begründung: Eingespart werden kann langfristig vielleicht mancher Kontrollfahrt der Polizei und Beschwerden von Bürgern über Graffiti oder Nachbarschaftstreit. Sparvorschlag: Siehe Begründung</p>	<p>Im Ordnungsausschuss kann für geplante Veranstaltungen auf dem Mehrgenerationenplatz im Siegbogen ein formloser Antrag für eine Sondernutzungserlaubnis gestellt werden. Sollten zusätzlich auch noch Plakatierungen im Stadtgebiet erwünscht sein, kann auch dieser Antrag im Ordnungsausschuss gestellt werden.</p>

Lfd. Nr.	Vorschlag	Stellungnahme
10	<p>Beschreibung: Mein großer Wunsch wäre ein Schwimmbad für Hennef, was täglich genutzt werden kann und sowohl für Kinder als auch Jugendliche und Erwachsene was zu bieten hat.</p> <p>Begründung: In Hennef gibt es kaum bzw. nur zu sehr eingeschränkten Zeiten die Möglichkeit, schwimmen zu gehen. Wenn man mit seinem Kind schwimmen gehen möchte, hat man eigentlich nur die Möglichkeit, in die Nachbarstädte wie Siegburg, Troisdorf, Sankt Augustin oder Eitorf (jetzt auch geschlossen für Ca 2 Jahre) zu fahren.</p> <p>Dort erhalten die Bewohner der jeweiligen Städte auch noch reichlich Ermäßigung, die Hennefer Bürger nicht erhalten. Zudem hat eine Stadt mit 100 Dörfern doch ein großes Einzugsgebiet und kann darauf vertrauen, dass die Besucherzahlen die laufenden Kosten decken.</p> <p>Sparvorschlag:</p>	<p>Die Idee für ein Schwimmbad kommt immer wieder auf. Leider wären damit sehr hohe Kosten verbunden. Eine Kommune kann ein Schwimmbad nicht kostendeckend betreiben (dies gilt auch für die Schwimmbäder der umliegenden Städte, die auch immer wieder über deren Schließung nachdenken), es sei denn man erhebt sehr hohe Eintrittspreise, wie dass auch kommerzielle Betreiber machen. Hohe Eintrittspreise wären jedoch nicht im Sinne des Gedankens, dass im Grunde alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten ein kommunales Schwimmbad nutzen können sollen. Moderate Eintrittspreise führen unweigerlich zu einem hohen Zuschuss aus dem städtischen Haushalt, was angesichts der finanziellen Möglichkeiten von Kommunen nicht nur in Hennef nicht zu bezahlen ist. Viele "alte" Schwimmbäder stammen noch aus Zeiten, in denen Kommunen größere finanzielle Möglichkeiten hatten.</p>
11	<p>Beschreibung: Schwimmbad</p> <p>Begründung: Eine Kurstadt ohne Schwimmbad?</p> <p>Hier hab es früher ein Schwimmbad, als Hennef noch Gemeinde war.</p> <p>Sparvorschlag: Umwandlung der Realschule.</p>	<p>Hennef ist keine Kurstadt.</p> <p>Die Idee für ein Schwimmbad kommt immer wieder auf. Leider wären damit sehr hohe Kosten verbunden. Eine Kommune kann ein Schwimmbad nicht kostendeckend betreiben (dies gilt auch für die Schwimmbäder der umliegenden Städte, die auch immer wieder über deren Schließung nachdenken), es sei denn man erhebt sehr hohe Eintrittspreise, wie dass auch kommerzielle Betreiber machen. Hohe Eintrittspreise wären jedoch nicht im Sinne des Gedankens, dass im Grunde alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten ein kommunales Schwimmbad nutzen können sollen. Moderate Eintrittspreise führen unweigerlich zu einem hohen Zuschuss aus dem städtischen Haushalt, was angesichts der finanziellen Möglichkeiten von Kommunen nicht nur in Hennef nicht zu bezahlen ist. Viele "alte" Schwimmbäder stammen noch aus Zeiten, in denen Kommunen größere finanzielle Möglichkeiten hatten.</p> <p>Der Einsparvorschlag ist nicht umsetzbar, da die Umwandlung der Realschule nicht rückgängig zu machen ist.</p>
12	<p>Beschreibung: 1.) Bessere Verkehrsnetze in Dörfern (manche Straßen sind beschädigt).</p> <p>2.) Ausbreitung des Bahnnetzes (Richtung Buchholz, Waldbröl & Altenkirchen)</p> <p>3.) Unterführung für die Autos, da man auf der Bröltalstr. Jede 5-10 min eine Bahn fährt.</p> <p>Begründung: Erstens da die Straßen auf den Dörfern sehr eng sind und das stört, man hat Angst, dass man Unfälle baut</p> <p>Es kommen so viele Leute aus den Gebieten zur Arbeit nach Hennef oder umgekehrt</p> <p>Die Unterführung muss mal anfangen, da wir bald wirklich eine Krise bekommen, da die Schranke zu ist.</p> <p>Sparvorschlag: Weniger Geld für Festivals bzw Stadtfeste ausgeben.</p>	<p>Ein Verzicht auf Festivals und Stadtfeste würde die gewünschten Ausgaben nicht ansatzweise decken.</p> <p>Im Übrigen betreffen die Vorschläge überwiegend eher die Bahn und das Land NRW.</p> <p>Mit wenigen Ausnahmen sind nahezu alle Straßen der Außenorte von Hennef in einer Zeitspanne von 1990 bis heute betragspflichtig ausgebaut worden. Hinsichtlich der Ausbaubreiten haben sich die technischen Regeln geändert. Für die Instandhaltung und Unterhaltung der Straßen stehen nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Hier werden die Straßen nach einer ständig aktualisierten Prioritätenliste saniert.</p> <p>Für die Planung und den Ausbau des Schienennetzes ist nicht die Stadt zuständig. Die schienengebundenen Verkehrsverbindungen gelten bisher im Rhein-Sieg-Kreis als vorbildlich. Die Stadt ist nicht beteiligt an der Eisenbahnkreuzungsmaßnahme, sondern nur das Land Nordrhein-Westfalen als Straßenbaulastträger der L 125 und die DB AG. Die Verzögerungen entstehen durch die erforderliche Anpassung von Bauplänen, verursacht durch die Änderung von Bauvorschriften.</p>

Lfd. Nr.	Vorschlag	Stellungnahme
13	<p>Beschreibung: Markierung an Strasseneinmündungen incl. aufgemaltem Verkehrszeichen 240 im Stadtzentrum in der Frankfurter Strasse für Fußgänger als optische Fortführung des Gehweges.</p> <p>Begründung: Damit Fußgänger ungehindert und ohne erst auf einen rücksichtsvollen PKW-Fahrer warten zu müssen, die Strasseneinmündungen in der Frankfurter Strasse passieren können, fordere ich eine entsprechende Markierung auf der Strasse incl. aufgemaltem Verkehrszeichen 240 analog den Strasseneinmündungen in der Frankfurter Strasse in Hennef Warth.</p> <p>In Hennef Warth sind für Fußgänger schon vor einigen Jahren die nötigen Markierungen incl. aufgemaltem Verkehrszeichen 240 auf der Strasse angebracht worden, weshalb dann die PKW-Fahrer anhalten, damit Fußgänger die Strasseneinmündung queren können. Dort, und nur deshalb, funktioniert das "Miteinander im Strassenverkehr" einwandfrei.</p> <p>Lediglich an den Einmündungen der Frankfurter Strasse im Zentrum muss man als Fußgänger immer erst auf einen rücksichtsvollen PKW-Fahrer warten, da dort die notwendigen Markierungen auf der Strasse fehlen.</p> <p>Als Fußgänger muss man hier leider viel zu oft feststellen, dass das "Miteinander im Strassenverkehr" an den Strasseneinmündungen immer zu gunsten der PKW-Fahrer ausfällt, da es keine klaren Regelungen durch Linien incl. Verkehrszeichen 240 auf der Strasse gibt.</p> <p>> Mögliche Markierungen an den Seitenstraßen der Frankfurter Strasse: Dickstrasse ist teilweise mit Pflaster, Alle anderen Einmündungen sind ohne Pflaster: Beethovenstr., Kaiserstr., Siegfeldstr., Lindenstr., Bahnhofstr., Alte Ladestr., Bachstr.</p> <p>Dort können die Markierungen problemlos aufgetragen werden.</p> <p>Im Lipgenhof, Otterweg oder Am Hang sind die Markierungen schon korrekt aufgemalt, so sollten die Strasseneinmündungen in der Frankfurter Strasse auch sein.</p> <p>Bei Problemen mit Linien auf Pflastersteinen kann ich zwei Lösungen anbieten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Thermoplastik Linien zum Aufbrennen auf Asphalt, Beton, Pflaster für Markierungen auf Parkplätzen, Straßen, Überwegen, etc. - Oder 2K Pflastermörtel der SWARCO Limburger Lackfabrik GmbH <p>Beide habe ich als Angebot im Internet gefunden.</p> <p>Sparvorschlag: Einsparvorschlag/Gegenfinanzierung: Deutlich mehr die sehr oft überhöhte Geschwindigkeit im Stadtgebiet überwachen und Verstöße ahnden.</p>	<p>Die Geschwindigkeitsüberwachung ist eine Aufgabe der Polizei und des Rhein-Sieg-Kreises. Daher gehen die Einnahmen aus diesen Kontrollen nicht in den Haushalt der Stadt und stellen somit keine Gegenfinanzierung dar. Die Markierungen im Zuge der Frankfurter Str. vom Bahnübergang bis Wingenshof sind Überreste von nicht mehr bestehenden kombinierten Geh-/Radwegen. Diese Markierungen dienen der Fahrradführung und nicht dem Schutz des Fußgängers. Insofern wäre eine Markierung solcher Furten im Zentrum nicht zielführend. Diese würden auch dem Gestaltungskonzept der Frankfurter Str. im Kernbereich des Zentrums als Mischverkehrsraum widersprechen.</p>
14	<p>Beschreibung: Abschaffung der Straßenreinigungsgebühren und Aufschlag der Kosten in entsprechender Höhe auf die Grundsteuer B</p> <p>Begründung: Durch die Abschaffung der Straßenreinigungsgebühren entfele der Verwaltungsaufwand für die Vor- und Nachkalkulation, der Eintreibung und der zugehörigen Schriftwechsel mit Bürgern und Gerichtsprozesse wegen Streitigkeiten. Problematisch sind immer wieder die Häufigkeit und Qualität der Reinigung sowie weitere Konfliktstellen (z.B. Hinterliegerproblematik). Zudem werden die städtischen Straßen von allen Bürgerinnen und Bürgern genutzt und entsprechend verschmutzt. Eine Kostenübernahme durch einen möglichst großen Personenkreis ist daher ein gerechteres Modell.</p> <p>Sparvorschlag:</p>	<p>Es ist nicht gerecht, wenn Bürger eine höhere Grundsteuer B bezahlen müssen und gleichzeitig durch die Straßenreinigungssatzung verpflichtet werden, die Straße zu reinigen. In dem derzeit gültigen Finanzierungsmodell der Straßenreinigung ist bereits ein Anteil der Grundsteuer B eingerechnet.</p>

Lfd. Nr.	Vorschlag	Stellungnahme
15	<p>Beschreibung: Dringend notwendiger Ausbau der vorhandenen Bürgersteige beidseitig der K36.</p> <p>Begründung: Nach der Kanalsanierung im Jahre 2000 wurden im Bereich der Hauptstraße in Kurscheid weder Straße noch Bürgersteige ausgebaut ebenso wurde die Straßenbeleuchtung nicht zeitgemäß angepaßt. Lediglich alle Nebenstraßen erhielten einen entsprechenden Ausbau.</p> <p>Insbesondere für die jungen und alten Bewohner von Kurscheid stellt dies ein Problem dar: mit Kinderfahrzeugen oder Rollatoren ist auf der geschotterten Fläche ein Weiterkommen kaum möglich. Auch werden Bereiche des nicht von der Fahrbahn abgehobenen Bürgersteigs einfach zugeparkt, so daß hier teilweise beim Durchschreiten des Ortes ein regelrechter Hindernisparcour bewältigt werden muss.</p> <p>Immer wieder muss man auf die Fahrbahn in den Gegenverkehr ausweichen. Dies ist sehr gefährlich.</p> <p>Sparvorschlag: Da es sich um eine Maßnahme handelt, die größtenteils von den Anliegern getragen werden muss, entstehen der Stadt hierbei geringe Kosten. Bei der Anhebung der Grundsteuer B sollte ein entsprechender Betrag zusammen gekommen sein, der hier sinnvoll anlegt werden kann.</p>	<p>Ein beitragspflichtiger Ausbau der Seitenbereiche der K 36 innerhalb der Ortsdurchfahrt von Kurscheid (Broichhausener Str.) wird erst dann vorgenommen, wenn der Rhein-Sieg-Kreis als Straßenbaulastträger der Fahrbahn diese saniert.</p> <p>Ein Zeitplan der Sanierung der Fahrbahn durch den RSK ist noch nicht bekannt.</p>
16	<p>Beschreibung: Weitere Fahrradboxen am Bahnhof, City-Seite, errichten. In der Verwaltung: Anlegen einer Warteliste auf Fahrradboxen</p> <p>Begründung: Hennef will eine Fahrradfreundliche Stadt sein und die Nutzung des ÖPNV unterstützen. Dazu gehören ausreichend Möglichkeiten für Pendler, das Fahrrad sicher abzustellen - nicht nur ein Parkhaus für Autos!!! Fahrradständer bieten keinen Schutz vor Regen und Diebstahl / Vandalismus und sind größtenteils leer auf der City-Seite. Teilweise ersetzbar durch Boxen.</p> <p>Sparvorschlag: Einsparungen bei Parkplatzbau. Einnahmen durch Vermietung der Fahrradboxen.</p>	<p>Es besteht derzeit eine Warteliste mit 9 Bewerbern. Die Anschaffung weiterer Fahrradboxen im größeren Umfang ist momentan aufgrund der geringen Anzahl offener Bewerbungen nicht finanzierbar und aufgrund fehlender Aufstellfläche in Bahnhofsnähe nicht realisierbar.</p> <p>Weitere anzumietende Fahrradboxen stehen jedoch an dem S-Bahn-Haltepunkt „Hennef im Siegbogen“ noch zur Verfügung. Durch die zwischenzeitlich verbesserte Taktanbindung des Haltepunktes werden diese dort verstärkt nachgefragt.</p>

Stellungsname Bürgerhaushalt 2018 – Anlage 1 zu Vorschlag Nr. 1

Eine Abschaltung des Systems ist nicht empfehlenswert, da es die Infrastruktur nicht überall zulässt einen Unterschied der Lampen für ungefährdete Bereich und gefährdete Bereiche (die beleuchtet werden müssen) möglich zu machen.

Diese Bereiche müssen im Rahmen Verkehrssicherungspflicht beleuchtet werden:

- gefährlichen Straßenkreuzungen und -einmündungen,
- scharfe Kurven,
- Baustellen,
- Gefällstrecken,
- unvorhersehbare Straßenverengungen,
- längere Tunnelbauwerke
- Verkehrsinseln.

Zusätzlich ist eine gesetzliche Pflicht bei Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen mit VZ 350). Hier ist eine Beleuchtung laut STVO ein Muss.

Sofern beleuchtet wird, sind die Anforderungen nach DIN EN 13201 zu erfüllen.

Eine Abschaltung ist laut DIN EN 13201 nicht sinnvoll, da dann die Güte der Beleuchtungsanlage nicht mehr gewährleistet ist. Eine sinnvolle Methode um die Energiekosten zu senken ist, das Dimmen der Straßenbeleuchtungsanlage. Diese ist auch nach DIN EN 13201 möglich da in der Kernnachtzeit (z.B. Mo-Do 22 bis 05 Uhr Fr-So 24 bis 06 Uhr) die Verkehrsbelastung herabgesetzt werden kann, und das Beleuchtungsniveau sich anders berechnet.

Von unserer Seite sollte die Umstellung auf LED genutzt werden, um das Dimmen der Lampen zu Nutzen.

Das Dimmen ermöglicht die Stromkosten zu reduzieren und dennoch den sog. „Wohlfühlfaktor“ der Anwohner zu unterstützen. Dazu ist es nötig die gesamte Infrastruktur zu optimieren. Diese Optimierung ist durch den Einsatz von neuen Schaltstellen (ab 07.2017) schon in Bearbeitung.

Das Dimmen wird in einigen Pilotanlagen schon betrieben und findet bisher dort guten Anklang.

Unsere Empfehlung ist es daher die Anlagen auch weiterhin so zu modernisieren, dass in der Zukunft während der Kernnachtzeit die Anlagen gedimmt werden können und damit eine Anpassung an die jeweiligen Standorte möglich ist.

Diese Schritte werden jetzt sukzessive umgesetzt.